



Bettina Hagedorn
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 11.01.08

Bund hat Verkehrsetat aufgestockt!

Diese Pressemitteilung bezieht sich auf den am 9.1.08 in den LN erschienenen Artikel "Bund muss Verkehrswege im Norden fördern"

Zu den Äußerungen des Lübecker IHK-Hauptgeschäftsführers Bernd Rohwer anlässlich des Neujahrsempfangs am 9. Januar in den Lübecker Nachrichten stellt die schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Haushaltsausschusses Bettina Hagedorn (SPD) richtig: "Bei allem Verständnis dafür, dass auf dem Wunschzettel der Wirtschaft noch mehr Geld des Bundes für das Budget des Verkehrsministeriums steht, so muss doch die IHK bei der Wahrheit bleiben: Es ist schlicht falsch, dass die Ansätze gekürzt, sondern im Gegenteil richtig, dass sie aufgestockt wurden. Auf Initiative der SPD sind die Mittel des Ministeriums für 2008 gegenüber dem Regierungsentwurf um mehr als 200 Mio. € auf knapp 24,4 Mrd. € gestiegen. Bereits in 2007 hat das Parlament sogar eine Steigerung um mehr als eine halbe Milliarde Euro gegenüber den Regierungsplänen durchsetzen können. Außerdem handelt es sich hierbei um den mit Abstand größten Investitionshaushalt – der Investitionsanteil erreicht mit jeweils über 13,2 Mrd. € für 2008 und 2009 einen neuen Rekordstand! So ergibt sich z.B. allein für den Straßenbau im Vergleich zum vergangenen Jahr ein Investitionszuwachs von

4,1%. Kürzungen sind in den letzten Jahren hingegen im nichtinvestiven Bereich, also v.a. bei den Verwaltungskosten, vorgenommen worden – damit konnte Verkehrsminister Tiefensee (SPD) einen beachtlichen Erfolg für eine solide Verbesserung der Infrastruktur verbuchen!"

Auch den Kritikpunkt Rohwers, LKW-Mauteinnahmen würden lieber für die Sanierung des Haushalts eingesetzt, weist Hagedorn ausdrücklich zurück: "Im Autobahnmautgesetz ist eindeutig geregelt, dass der größte Teil der Mauteinnahmen zurück in Straßenprojekte fließt. Die restlichen Einnahmen kommen zahlreichen - gerade auch aus Lübecker Sicht - nicht minder notwendigen Projekten im Schienen- und Wasserverkehr zugute, so dass bis auf einen geringen Prozentsatz für Verwaltungsaufgaben die gesamten Einnahmen wieder für Infrastrukturprojekte zur Verfügung stehen."

Zum abschließenden Urteil Rohwers, der Norden sei im Bundesverkehrswegeplan unterrepräsentiert, kontert die Abgeordnete: "Bei diesem Vorwurf ist der Bund der falsche Adressat. Natürlich sind die Prioritäten von Land zu Land unterschiedlich und spiegeln auch objektive Notwendigkeiten aufgrund von Verkehrsengpässen wieder. Doch da die Bundesländer selbst maßgeblich an der Erstellung des Plans beteiligt waren, kann man dem Bund wohl kaum den Vorwurf machen, den Norden vergessen zu haben. Der Haushaltsausschuss hat z.B. im April 2005 mit Rot-Grün die Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Lübeck als einziges Neubauprojekt dieser Größenordnung bundesweit finanziert und damit möglich gemacht."

Ausdrücklich unterstützt Hagedorn die Forderungen beispielsweise zum Weiterbau der A20, zum Ausbau der B404 zur A21, zum Abschluss der Arbeiten an der Lübecker Nordtangente und zur Elbquerung: "Bei vielen dieser Vorhaben sind wir schon auf einem guten Weg. Bei manchen – wie der Elbquerung – fehlt es weniger an Geld als vielmehr an einem

abgestimmten Vorgehen der drei Küstenländer Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen. Bei dieser Hängepartie hat Peter Harry Carstensen mit seinen Unionskollegen Wulff und von Beust bisher offensichtlich nicht erfolgreich an einem Strang gezogen."

Im Übrigen kritisiert Hagedorn, dass es in der Vergangenheit bei diesen Verkehrsprojekten an einer glaubwürdigen Priorisierung aus der Landespolitik und der Wirtschaft Schleswig-Holsteins gefehlt hat. "Zwar haben sich der Wirtschaftsminister und die Unternehmen in den vergangenen 1 ½ Jahren kräftig für eine Brücke über den Fehmarnbelt engagiert. In Berlin sind dabei offiziell aus Schleswig-Holstein einseitig lautstarke Forderungen nach einer festen Querung zu hören gewesen, die Schleswig-Holstein sogar mit 60 Mio. € eigenen Haushaltsmitteln im Autobahnbau Heiligenhafen-Puttgarden trotz knapper Kassen fördern will. Die hier erwarteten Verkehrsströme stehen jedoch in keinem Verhältnis z.B. zum bereits jetzt im Großraum Hamburg herrschenden Dauerstau. Aus meiner Sicht war diese Priorisierung falsch. Die Verkehrsneubauvorhaben sind dort am wichtigsten, wo die Verkehrsströme schon heute kaum zu bewältigen sind und eine boomende Wirtschaftsregion verkehrlich gut erschlossen werden muss, um Betriebe und Arbeitsplätze zu sichern. Ich habe deshalb immer eindeutig den Weiterbau der A20 und die Elbquerung als vorrangig betrachtet. Es bleibt nun einmal wahr, dass man jeden Euro nur einmal ausgeben kann."